

Erreichung der Bio-Ziele:

Leistungen für Wirtschaft und Umwelt

Einleitung

Der biologische Landbau leistet einen Beitrag in zwei wichtigen Bereichen der EU-Politik: Er sorgt für **öffentliche Umweltgüter**, indem er die Produktionspraktiken anpasst und bestimmte Betriebsmittel einschränkt, und er bringt **wirtschaftliche und beschäftigungspolitische** Vorteile für ländliche Gebiete durch spezialisierte Bio-Märkte.

In Anerkennung dessen wird der Bio-Landbau in der EU seit 1992 durch eine gesetzliche Definition und seit 1994 durch Flächenbeihilfen für die Umstellung auf Bio-Landbau und dessen Erhaltung unterstützt, die als Agrarumweltmaßnahme im Rahmen der GAP eingeführt wurden.

Die 2020 veröffentlichte Strategien „Vom Hof auf den Tisch“ und „Biodiversität“ legen eine Reihe ehrgeiziger Umweltziele fest, darunter die biologische Bewirtschaftung von 25 % der landwirtschaftlichen Fläche der EU und eine deutliche Steigerung der biologischen Aquakultur bis 2030.

Mit Unterstützung des 2021 EU-Aktionsplans für den Bio-Landbau wurden die Ziele und politischen Vorgaben in die strategischen Pläne der Mitgliedstaaten für die GAP 2023-2027 und in die nationalen Aktionspläne für den Bio-Landbau bis 2030 aufgenommen.

In der aktuellen GAP sind 5% der gesamten Finanzmittel (20% der Umweltfonds) für die Förderung der Umstellung auf biologischen Landbau und dessen Beibehaltung vorgesehen, um bis 2027 einen Anteil von 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) der EU im biologischen Landbau zu fördern. Da nicht alle biologisch bewirtschafteten Flächen gefördert werden, dürfte dies etwa 15 % der LN entsprechen, die als biologisch oder in Umstellung zertifiziert sind.

Zusammenfassung

Die EU hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Bis 2030 sollen 25% der landwirt. Nutzfläche biologisch bewirtschaftet werden, und die biologische Aquakultur soll deutlich ausgebaut werden.

Die Fortschritte in Richtung dieses Ziels sind stetig, wobei der Anteil der Biofläche von 9 % im Jahr 2020 auf 12 % im Jahr 2025 stieg; das Ziel von 25 % wird jedoch wahrscheinlich nicht erreicht werden–15% bis 18% bis 2030 sind wahrscheinlicher, 25% bis 2035 sind denkbar.

Die Erreichung der Ziele hätte erhebliche Auswirkungen auf die biologische Produktion, die ländliche Wirtschaft und die Umwelt und käme den europäischen Bürgern zugute, nicht nur Bio-Verbrauchern.

Das Wachstum des Markt- und Flächenanteils ist jedoch in vielen Ländern infolge der Pandemie und des Krieges in der Ukraine ins Stocken geraten. Die Rückkehr des ökologischen Sektors auf den Erholungskurs ist eine zentrale politische Priorität.

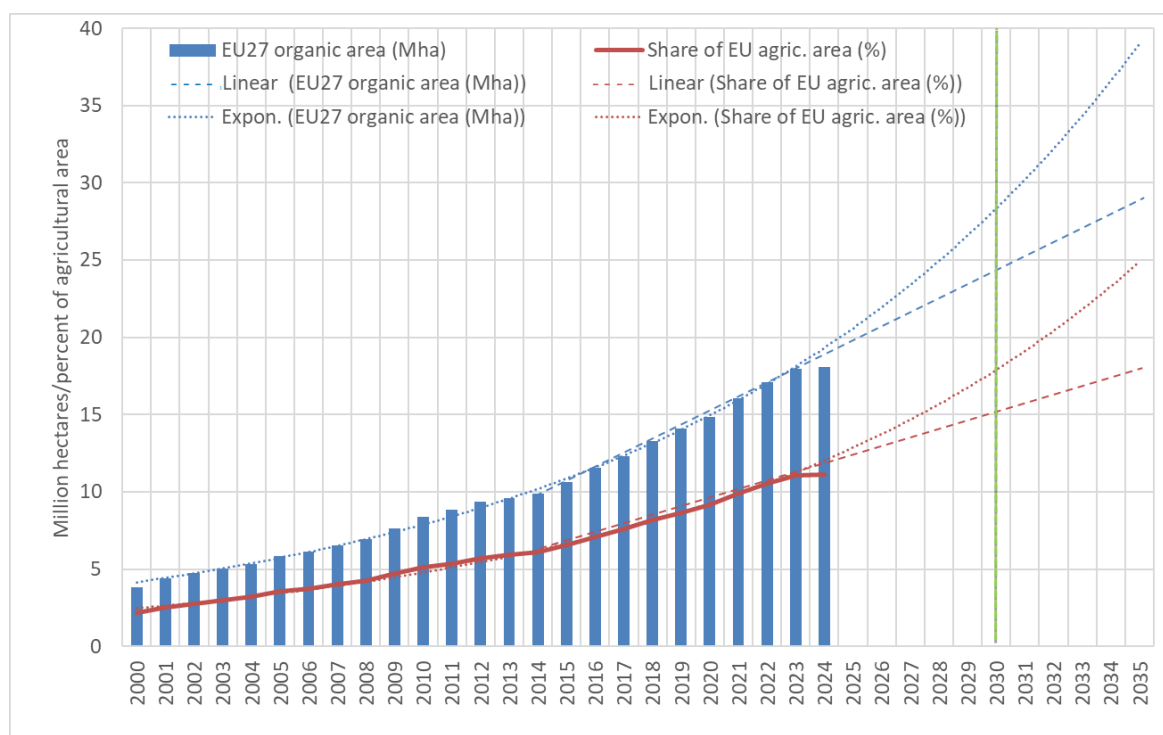
Die GAP 2028–2034 bietet die Gelegenheit, kohärente Maßnahmen zur Unterstützung eines transformativen Wachstums des Bio-Sektors umzusetzen.

Ein anhaltendes Engagement für angemessene Anbauflächen- und Marktanteile sowie Umweltziele ist für diesen Prozess von entscheidender Bedeutung.

Die GAP und die nationalen Aktionspläne für den Bio-Landbau, die in fast allen EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden, stellen eine wesentliche Verbesserung der Ziele der EU-Bio-Politik ab 2023 dar. Bei Erfolg könnte der Bio-Landbau in der EU um 10 Mio. ha wachsen, gegenüber 15 Mio. ha oder 9% der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Jahr 2020. Dies ist noch weit entfernt vom 25%-Ziel der EU oder den Zielen der nationalen Aktionspläne für den Bio-Landbau der Mitgliedstaaten, die im Durchschnitt bei 18% bis 2030 liegen, was darauf hindeutet, dass weitere politische Maßnahmen erforderlich sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Wichtigste Ergebnisse

Das Projekt [OrganicTargets4EU](#) hat die Entwicklung des Bio-Landbaus in der EU und ihren Mitgliedstaaten seit den 1980er Jahren verfolgt¹. Seit 2000 hat sich die Bio-Fläche alle zehn Jahre verdoppelt, während sich der Markt verdreifacht hat.



Wachstum der zertifizierten Bio- und Umstellungsfläche (Mha) und Anteil (%) der landwirt. Fläche (LN) in der Europäischen Union, 2000–2024 (Quelle: Daten aus FIBL-Statistiken)

Eine Fortsetzung dieser Wachstumstrends würde bis 2030 einen Anteil von 18% und bis 2035 einen Anteil von 25% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bedeuten. Eine zurückhaltendere lineare Prognose auf der Grundlage der letzten GAP 2014-2022 würde bis 2030 einen Anteil von 15% ergeben. Die Trendauswirkungsanalyse, die den im Projekt analysierten Szenarien zugrunde liegt, und ein logistisches Wachstumskurvenmodell, das für die CAPRI-Modellierung verwendet wurde, ergaben ähnliche Ergebnisse. Diese berücksichtigen jedoch nicht die Auswirkungen der verstärkten Betonung des Bio-Landbaus in den strategischen Plänen der GAP und den nationalen Aktionsplänen für den Bio-Landbau ab 2023, die zu einem schnelleren Wachstum führen könnten.

¹ For more details, see the World of Organic Agriculture reports <https://statistics.fibl.org/index.html> and the OrganicTargets4EU national organic sector factsheets <https://organictargets.eu/organic-sector-factsheets/>.

Die Prognosen werden durch eine Verlangsamung des Wachstums des Bio-Marktes in den Jahren 2022-23 erschwert, die auf eine Kombination aus der Covid-Pandemie und der Inflation der Lebensmittelpreise nach dem Krieg in der Ukraine zurückzuführen ist. Obwohl die Daten für 2023 und 2024 deutliche Anzeichen für ein erneutes Wachstum des Bio-Marktes zeigen, haben sich die Verlangsamung der Umstellungen auf Bio-Landbau und die Rückkehr zur konventionellen Produktion in einigen Ländern auf die Wachstumsraten der Anbaufläche im Jahr 2024 ausgewirkt. Daten für 2025 liegen noch nicht vor.

Die Entwicklung war von Land zu Land unterschiedlich. Mehrere Länder mit seit langem etablierten Bio-Märkten wie Frankreich, Deutschland, Österreich, Schweden und Dänemark verzeichneten ein langsames Wachstum oder einen leichten Rückgang der Umsätze und der zertifizierten Bio-Fläche. Andere Länder wie Bulgarien, Irland, Griechenland, Portugal und Rumänien verzeichneten ein deutlich schnelleres Wachstum. In der Regel starten diese Länder von einem niedrigeren Ausgangspunkt aus, führen großzügigere Förderprogramme ein oder konzentrieren sich auf den Export mit geringeren Inlandsverkäufen.

Auswirkungen der Erreichung des 25%-Ziels

Die Modellierungsarbeiten im Rahmen des Projekts untersuchten die EU-weiten Auswirkungen mithilfe des CAPRI-Tools und die spezifischen Auswirkungen auf einzelne Sektoren in einzelnen Ländern mithilfe eines vom IDDRI entwickelten Tools zur Simulation von Auswirkungen und Ergebnissen. Dabei wurden verschiedene Szenarien für die EU-Bio-Politik und die Marktentwicklung bis 2030 berücksichtigt.

Die CAPRI-Modellierung ergab, dass zwar die Gesamtproduktion und die Einkommen zurückgehen würden, die Einkommensverluste jedoch durch ökologische Förderzahlungen und Premiumpreise ausgeglichen werden könnten. Es war nicht möglich, den Bio-Markt mit diesem Tool gezielt zu modellieren. Die CAPRI-Modellierung ergab auch ein gutes Potenzial für positive Auswirkungen auf die Umwelt dank des geringeren Einsatzes von Stickstoffdüngern und Pestiziden, der Verringerung der Treibhausgasemissionen und biodiversitätsfreundlicherer Anbaumethoden.

Die IDDRI-Modellierung ergab ein Potenzial für einen Anstieg der Beschäftigung und der Einkommen im ländlichen Raum, aber es sei unwahrscheinlich, dass der Bio-Sektor von dem allgemeinen Trend zu größeren landwirtschaftlichen Betrieben verschont bleiben würde.

Ziele und politische Herausforderungen

Angesichts der Unsicherheit darüber, ob die Ziele der EU erreicht werden können, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass sie gescheitert und daher wertlos sind. Dies wäre jedoch aus mehreren Gründen ein Fehler

- Die neuesten verfügbaren Daten für die gesamte EU beziehen sich auf das Jahr 2024. Bis 2030 sind es noch sechs Jahre, in denen in einigen Ländern höhere Förderzahlungen geplant sind und eine neue GAP-Programmplanungsperiode mit aktualisierten EU- und nationalen Aktionsplänen für den Bio-Landbau bevorsteht.
- Ambitionierte Ziele spielen, auch wenn sie nicht erreichbar sind, eine wichtige Wegweiserfunktion, wie aus den aktuellen strategischen Plänen der GAP und den nationalen Zielen der Mitgliedstaaten hervorgeht. Die EU-Ziele und der Aktionsplan für den Bio-Landbau waren für einige Regierungen wichtige Motivatoren, um politische Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus einzuführen oder deutlich auszuweiten und eigene ehrgeizige Ziele festzulegen.
- Realistische Ziele sind wichtig, um sicherzustellen, dass die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stehen, um die Nachfrage zu decken und Fortschritte zu bewerten. Zum ersten Mal enthalten die

nationalen strategischen Pläne zur GAP aller EU-Mitgliedstaaten budgetierte Pläne für die Ausweitung des ökologischen Landbaus. Klare Ziele und politische Unterstützungszusagen senden auch ein starkes Signal an Marktteilnehmer, in den ökologischen Landbau zu investieren.

- Flächenziele allein reichen möglicherweise nicht aus. Umwelt- und Marktziele könnten dazu beitragen, den Fokus auf die zentralen politischen Auswirkungen zu richten, wie vom Europäischen Rechnungshof empfohlen. Indikatoren für die Pflanzenvielfalt, die Tierbesatzdichte und den Einsatz von Betriebsmitteln könnten als Ersatzgrößen für die direkte Messung der Umweltauswirkungen herangezogen werden. Marktziele könnten Anteile am Einzelhandelsumsatz, an Exporten und an öffentlichen Beschaffungen oder Außer-Haus-Verpflegung umfassen.
- Ohne Zielvorgaben gibt es keine Grundlage für die Bewertung von Erfolgen und politische Anpassungen, um Defizite oder unbeabsichtigte Folgen zu beheben. Die kürzlich erfolgte Aufhebung der Zielvorgaben in Schweden und Frankreich, den beiden Ländern mit rückläufigen Bio-Sektoren, könnte das mangelnde Vertrauen der Landwirte und Marktteilnehmer in den Bio-Sektor weiter reduzieren.

Frühere Untersuchungen zu Bio-Aktionsplänen haben gezeigt, wie wichtig Ziele für die Festlegung eines Rahmens für die zu entwickelnden Maßnahmen und deren Beitrag zur Entwicklung des Bio-Landbaus (Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit) sind (siehe Policy Brief 12 Aktionspläne für den Bio-Landbau).

Politische Empfehlungen

Trotz der jüngsten Herausforderungen gibt es nach wie vor Spielraum für politische Maßnahmen, die die Erholung und die künftige Entwicklung beeinflussen und wirtschaftliche und ökologische Vorteile bringen können. Wir empfehlen der EU-Kommission Folgendes:

Die nationalen Regierungen nachdrücklich zu ermutigen und anzuleiten, a) die Förderung des ökologischen Landbaus in den strategischen Plänen der GAP für 2023–2027 fortzusetzen und zu verstärken, b) der jüngsten Verlangsamung des Marktwachstums und der Umstellungsraten entgegenzuwirken und c) ehrgeizige Pläne für die transformative Entwicklung des Sektors im Programmplanungszeitraum 2028–2034 auszuarbeiten, indem sie:

- die Mitgliedstaaten auffordert, bald über Pläne zur Verbesserung ihrer Maßnahmen zur Förderung des Bio-Landbaus für den Zeitraum 2026–2027 zu berichten, um der in vielen Ländern zu beobachtenden Wachstumsverlangsamung entgegenzuwirken.
- das Ziel beibehält, 25 % der landwirtschaftlichen Fläche der EU biologisch zu bewirtschaften, jedoch bis 2035 statt bis 2030.
- einen aktualisierten EU-weiten Aktionsplan für den Bio-Landbau als Grundlage für Leitlinien an die nationalen Regierungen sowie für Unterstützungsmechanismen zum Austausch bewährter Verfahren in der Politikgestaltung im Bereich des Bio-Landbaus auszuarbeiten, wobei gegebenenfalls das EU-GAP-Netzwerk genutzt werden sollte.
- die Empfehlungen in den Policy Briefs von OrganicTargets4EU als Grundlage für konkrete Leitlinien und Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zu verschiedenen politischen Optionen und deren Einbindung in die überarbeiteten nationalen Aktionspläne für den Bio-Landbau für den Zeitraum 2028–2034 zu nutzen.

Die nationalen Regierungen dazu ermutigen, weiterhin sinnvolle Flächen-, Umwelt- und Marktziele für die Entwicklung Bio-Lebensmittel und Bio-Landbau bis 2035 festzulegen, die:

- klare politische Ambitionen und Ausrichtungen definieren, die von den Interessengruppen mitgestaltet werden,
- den Beitrag anerkennen, den Bio-Lebensmittel und Bio-Landbau zu übergeordneten politischen Zielen leisten können,
- in künftige GAP-Pläne, Bio-Aktionspläne und andere Strategien integriert sind,
- in angemessenem Verhältnis zu Produktion, Märkten und Umwelt stehen,
- mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet sind, um die Umsetzung innerhalb relevanter Zeiträume zu gewährleisten,
- von den zuständigen Stellen verantwortet werden, um die Umsetzung sicherzustellen,
- überwacht und bewertet werden, um die Wirksamkeit der Politikumsetzung zu gewährleisten, unterstützt durch Verbesserungen bei der Erhebung statistischer Daten und der Berichterstattung (siehe Policy Brief #10).

Weitere Informationen

Curtiss J, Pignotti D, Lampkin N, & Gocht A. (2026). *EU-level CAPRI impact assessment for the organic sector*. Deliverable D3.1 OrganicTargets4EU. IFOAM Organics Europe. <https://orgprints.org/id/eprint/56762>.

Lampkin N & Padel S (2026). *Policy recommendations for the delivery of the organic F2F targets by 2030 and beyond*. Deliverable D7.1 OrganicTargets4EU. IFOAM Organics Europe. <https://orgprints.org/id/eprint/10862>.

Lampkin N, Lembo G, Rehburg P (2024). *Assessment of agricultural and aquaculture policy responses to the organic F2F target*. Deliverable D1.2 OrganicTargets4EU. IFOAM Organics Europe. <https://orgprints.org/id/eprint/52716/>.

Schiavo M (2026) *Socio-economic impact assessment of scenarios, at sectoral and focus country level*. Deliverable D3.2 OrganicTargets4EU. IFOAM Organics Europe. <https://orgprints.org/id/eprint/56757>.

Zanoli R, Gambelli D, Vairo D, Mora O & Schultz E (2026). *Scenarios for the development of the organic sector*. Deliverable D2.1 OrganicTargets4EU. IFOAM Organics Europe. <https://orgprints.org/id/eprint/56760>.

Nicolas Lampkin, Thünen Institute, January 2026

POLICY BRIEF #3 *Achieving Organic Targets* wurde mit Unterstützung von DeepL ins Deutsche übersetzt und auf sachliche Richtigkeit überprüft.

OrganicTargets4EU is funded by the European Union (Grant no. 101060368) and by the Swiss State Secretariat for Education, Research and Innovation (SERI) (Grant no. 22.00155). Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union, European Research Executive Agency (REA) or Swiss State Secretariat for Education, Research and Innovation (SERI). Neither the European Union nor any other granting authority can be held responsible for them.